

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

27.11.1852 (No. 281)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 27. November.

N. 281.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

** Victor Hugo.

Sie haben das jüngste Manifest Victor Hugo's gelesen, der sich das Haupt der sozialistischen Demokraten nennt, und zum Scharfrichter künftiger Revolutionen vorbereitet.

Es wird Sie daher interessieren, diesem Manifest der Demokratie das Glaubensbekenntnis anreihen zu können, welches Victor Hugo im Jahr 1848 veröffentlichte, als er bei den Wahlen als Kandidat der gemäßigten Partei auftrat.

Hr. Victor Hugo drückte sich damals in folgender Weise aus: „Sozialismus oder rothe Republik ist ein und dasselbe; denn er wird die dreifarbigte Fahne unter die rothe Fahne werfen;

dicke Soustüde aus der Vendôme-Faule schlagen; umstürzen die Statue Napoleon's und aufrichten jene von Marat; aufheben das Institut, die polytechnische Schule und die Ehrenlegion;

er wird dem glorreichen Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, den schmachvollen Spruch beifügen: „oder der Tod“;

Bankrott machen; die Reichen zu Grund richten, ohne die Armen zu bereichern;

aufheben den Kredit, der das Glück Aller ist, und die Arbeit, welche Jedem Brod gibt;

vernichten das Eigenthum und die Familie; die Köpfe auf Spießen herumtragen;

füllen die Gefängnisse durch Verdacht, und ihnen entgegen durch Mord;

Europa in Brand stecken und alle Zivilisation in Asche werfen;

Frankreich zum Vaterland der Finsternis machen; die Freiheit erwürgen;

die Künste ersticken; die Gedanken tödten; Gott läugnen;

in Bewegung setzen jene zwei unheilbringende Werkzeuge, die nie einzeln kommen: die Kupferplatte zum Papiergeld und die Winde zur Guillotine;

mit einem Wort, wird kalten Mutes thun, was die Menschen im Jahr 1793 im Eifer thaten, und uns nach dem Abgeschulichen im Großen, welches unsere Väter sahen, das Ungeheuer im Kleinen zeigen.“

Gehen wir noch etwas weiter zurück, so stoßen wir auf Aeußerungen Victor Hugo's, die nicht minder charakteristisch sind. So sagt er z. B. in seiner Schrift „Der Rhein“, die im Jahr 1840 herauskam: „Im neunzehnten Jahrhundert, wir verkünden es mit Freude und Stolz, ist der Zweck Frankreichs das Volk, die stufenweise Erhebung der Intelligenz, die fortschreitende Milderung des Looses der zahlreichen und leidenden Klassen; es ist die durch die Erziehung der Männer verbesserte Gegenwart, die durch die Erziehung der Kinder gesicherte Zukunft.“

„Sicherlich ist Dies eine heilige, hohe Aufgabe. Wir verhehlen es uns nicht, daß zur Zeit ein Theil des Volkes, gewiß nicht der würdigste und vielleicht am wenigsten leidende, von schlechten Instinkten angetrieben scheint, indem der Neid, die Eifersucht in ihm aufleben; der Träge in den tiefen Schichten betrachtet mit Wuth den Müßiggänger in den höhern, dem er doch ähnlich sieht; und zwischen diese beiden Extreme gestellt, die sich mehr berühren, als sie es glauben, scheint die wahre Gesellschaft, die große Gesellschaft, welche schafft und denkt, in dem Konflikt bedroht. Eine unterirdische Arbeit von Haß und Jörn geht im Dunkeln vor sich; von Zeit zu Zeit brechen ernste Symptome aus, und wir läugnen nicht, daß die klugen Männer, welche gegenwärtig den leidenden Klassen so herzlich zugethan sind, vielleicht etwas Mißtrauen in ihre Sympathie mischen sollten. Nach unserer Meinung sollte man überwachen, nicht aber erschrecken.“

„Vor Frankreich hatte Böhmen die Gesellschaft geläugnet. Die Hussiten, ich weiß nicht, ob die Sektierer unserer Zeit es wissen, hatten schon im 15. Jahrhundert alle Theorien der Legtern zum Vollzug gebracht. Sie pflanzten eine Fahne auf, auf welcher geschrieben stand: „Rache der Kleinen an den Großen!“ Man sieht, daß sie in Gedanken schon eben so weit vorgerückt waren, als Diejenigen, die man jetzt die Kommunisten nennt.“

„Glaubt man, daß die Zivilisation des 19. Jahrhunderts zittern soll vor einem Duzend betrunkener Taugenichtse, die in einer Kneipe ein Büchlein buchstabieren? Einige Unglückliche, mit einigen Glenden vermengt, das sind die Hussiten des 19. Jahrhunderts. Gegen eine solche Sekte, gegen eine solche Gefahr reichen zwei Dinge hin: die Aufklärung in den Gemüthern und ein Korporal mit vier Mann auf der Straße.“

So dachte Victor Hugo in früherer Zeit über die sozialistisch-kommunistische Partei. Und derselbe Mann, der einst diese Sprache führen konnte, der nicht Anstand nahm, dem Todesurtheil, das er über ihre Bestrebungen sprach, seine souveräne Berachtung beizufügen, sieht heute in ihren vorberstehenden Reichen; ja er predigt den systematischen Aufruhr, Mord und Brand, um sie zur Herrschaft zu bringen! Gewiß

ein seltenes Beispiel sittlichen Falles und tiefer Verkommtheit.

Deutschland.

†† Karlsruhe, 25. Nov. Das heute erschienene Verordnungsblatt des großh. badischen Kriegsministeriums enthält eine Ministerialverfügung vom 16. d., wornach die Vollzugsverordnung vom 1. März 1851, das Gesetz vom 13. Februar 1851, die Abänderungen des Konstriptionsgesetzes betreffend, folgende Aenderungen erleidet:

Art. II. zu §. 4. Diejenigen jungen Leute, welche nach zurückgelegtem 17. Lebensjahr, zur früheren Erfüllung ihrer Konstriptionspflicht, freiwillig zugehen wollen, haben sich gleichzeitig mit einem Rekrutenzugang bei dem Kriegsministerium anzumelden, welches solche einer Waffengattung und Truppenabtheilung zuweist. Junge Leute, welche vor erreichtem Konstriptionsalter, ohne Anmeldung bei dem Kriegsministerium, bei den Truppenheilen freiwillig zugehen, werden nicht als zum Zweck früheren Antrittes ihrer künftigen Konstriptionspflicht zugegangen betrachtet, und können daher im Laufe des ersten Dienstjahres von den Kommandostellen wieder entlassen werden.

Art. III. zu §. 5 und 6. 4. d. des Regierungsblattes und Art. III. zu §. 5 und 6. 10 des Militär-Verordnungsblattes. Die ärztlichen Untersuchungen der von den Aemtern den Garnisonskommandantur zugewiesenen, um Einstandsurlaubnis nachsuchenden Leute finden nur am 1. und 16. jeden Monats statt, und wenn diese Tage auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, an dem darauf folgenden Tag. Diese Leute haben sich daher den Tag vorher oder Morgens in der Frühe bei der Garnisonskommandantur zu melden. Kommandantur, bei welchen solche Untersuchungen vorgenommen werden können, bestehen zur Zeit in Mannheim, Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt, Freiburg und Konstanz.

** Karlsruhe, 26. Nov. Frequenz und Einnahme der großh. badischen Eisenbahn im Monat September. 1. Personen wurden befördert 208,593; 2. Güter 224,607 Str. 86 Pfd. Die Einnahme beträgt: a) Personentaxen 137,673 fl. 25 kr.; b) unterwegs erhoben 520 fl. 33 kr.; c) Gepäcktaxen 14,850 fl. 13 kr.; d) Garantietaxen — fl. — kr.; e) Lagergebühren 125 fl. 54 kr.; f) Equipagentransport 1619 fl. 27 kr.; g) Viehtransport 1229 fl. 51 kr.; h) Gütertransport 97,505 fl. — kr. Summe der Einnahme 253,524 fl. 23 kr.

§§ Von der Hardt, 24. Nov. Gestern fand zu Vietigheim, Oberamts Rastatt, eine seltene Feier statt. Die Altvogt Bernard Heß'schen Eheleute, welche bereits 53 Jahre in ein und derselben Ehe glücklich und zufrieden gelebt und sich bis zur heutigen Stunde der besten Gesundes- und Körperkräfte erfreuen, feierten ihre goldene Hochzeit. Der Großh. Stadtdirektor von Rastatt, Graf v. Hennin, erhöhte die Feier durch seine Anwesenheit. Die Jubilare wurden durch den dortigen Pfarrverweser, der noch einige Geisliche aus der Umgegend dazu eingeladen hatte, mit Kreuz und Fahnen unter dem Geläute aller Glocken und unter Abfingung zweimäßiger Lieder von ihrer Wohnung abgeholt und in die gefüllte Kirche geführt. Als die Jubilare umgeben von den 4 ältesten Männern und 4 ältesten Frauen der Gemeinde — unter letztern befand sich eine Wittwe, die bei der ersten Hochzeit unserer Jubilare Chmutter war — aus ihrer Wohnung traten, da sah man manches Auge sich mit Thränen füllen. In der Kirche hielt der dortige Pfarrverweser eine sehr ansprechende Rede über den Text: „Graue Haare sind eine Krone der Ehre, die auf dem Wege der Gerechtigkeit gefunden werden“, Sprichw. 16. 31, worauf die Erneuerung des Eheversprechens erfolgte; ein levitirtes Hochamt und das „Großer Gott, wir loben Dich“, bildete den Schluß der kirchlichen Feier.

Um 12 Uhr versammelte man sich zu einem frugalen Mahle in dem festlich gezierter Saale des Gasthauses zum „Döhlen“, an welchem gegen 70 Personen von Vietigheim und sämtliche Bürgermeister der Umgegend Theil nahmen. Den ersten Toast brachte der Jubilar aus auf das Wohl Sr. Königl. Hoheit unseres Landesregenten Friedrich und unsrer Regierung aus; der zweite galt den Jubilaren. Durch die ganze Freudenfeier ging eine Herzlichkeit, wie man sie nicht überall trifft.

§ Baden, 25. Nov. Gestern hatten wir das Bergnügen, J. Königl. Hoheit die verwitwete Frau Großherzogin Stephanie hier zu sehen, höchsteren Aufenthalt jedoch nur kurz war, indem dieselbe mit dem vorletzten Zug wieder abreiste. — Vor zwei Tagen fand im hiesigen Frauenkloster zum Heiligen Grab eine hohe Festlichkeit statt. Es wurde nämlich die neugewählte Vorsteherin, nachdem dieselbe schon früher die Genehmigung der höheren Behörden erhalten, feierlich installiert, welcher feierliche Akt durch den Hrn. Regierungsrath Barad als landesherrlichen Kommissär und den erzbischöflichen Dekan, Hrn. Pfarrer Weidum in Lichtenthal, unter Anwesenheit der Vorstände des Großh. Bezirksamtes und der städtischen Behörde vorgenommen wurde. Die letztverstorbene Frau Priorin des Frauenklosters, an deren Stelle die jetzige, Frau Maria Bernhards Findling aus Straßburg, erwählt worden, hatte mehr als ein halbes Jahrhundert im Kloster zugebracht und länger als 30 Jahre das Vorsteheramt des Klosters würdig verwaltet.

F. Von der Schweizergrenze, 25. Nov. Man konnte früher nur zu häufig bemerken, daß unsere Demokraten sich in demselben Grade unaufgelegt zu ihrem Lebensberufe zeigten, der ihnen als Nahrungszweig diente, als sie sich für Staatsangelegenheiten interessirten. Sie lagen dem politischen Treiben gewöhnlich ganz besonders in den Wirthshäusern ob, was nicht selten in kurzer Zeit zu einem gänzlichen Vermögenszerfall führte, und an die Stelle des früheren Wohlstandes vieler Familien eine eben so vollständige Verarmung derselben setzte. Hierin liegt eine Hauptursache der vielen Zwangsversteigerungen und Ganten, die noch jetzt in manchen Gegenden des Landes vorkommen.

In Beziehung auf die Handhabung der Polizei in den Wirthshäusern stellte sich deshalb schon längst die Einführung solcher Normen, welche auf eine zweckmäßige Weise mit der individuellen Freiheit die Wahrung des Familien- und des davon wesentlich abhängenden allgemeinen Wohles vereinbaren, als eine dringende Nothwendigkeit dar. Man fühlt sich deshalb sehr befriedigt durch die Bestimmung, daß die Polizeibehörde solchen Personen, welche durch ihr Benehmen öffentliches Aergerniß erregen, oder die sich der Trunksucht und Verschwendung hingeben, unter Androhung angemessener Strafen den Besuch der Wirthshäuser zu verbieten hat.

Unwillkürlich drängt sich dabei die Frage auf, ob nicht diese Bestimmung dadurch zweckmäßig ergänzt würde, daß das Verbot, nach dem Vorgange der Gesetzgebung mehrerer Schweizerkantone, auch auf solche Personen ausgedehnt würde, gegen welche die Gant erkannt wurde. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Ausdehnung dann zulässig erscheinen dürfte, wenn der in die Gant gerathene Schuldner nicht den Nachweis liefert, daß die Unzulänglichkeit seines Vermögens zur Tilgung der Schulden durch das Zusammentreffen zufälliger, außer dem Bereiche eines ihn treffenden Verschuldens liegender Umstände eingetreten sei. Gelingt ihm nämlich dieser Nachweis nicht, so erscheint die Annahme, daß dem Vermögenszerfall entweder Verschwendung oder doch eine nicht zu entschuldigende Nachlässigkeit in dem Betriebe des Berufsgeschäftes und der Verwaltung des Vermögens zu Grunde liege, als vollkommen gegründet.

© Stuttgart, 25. Nov. Noch nie, seit die Schwurgerichte bei uns eingeführt sind, war eine Vierteljahrsitzung derselben so reich an merkwürdigen Prozessen, wie die diesmalige des Schwurgerichts zu Eßlingen. Eine ganze Reihefolge der trübsten Charakterbilder zog an uns vorüber, bis wir zu dem gestern begonnenen Schlußprozesse gelangten, der nicht zu den mindest interessanten gehört. Zuerst der schauerhafte Mord des Majors v. Glaser, dann einige gewerbemäßig verübte, schwere Diebstähle, wobei selbst ein hübsches, kaum der Schule entwachsenen Mädchen auf der Anklagebank figurirte, nachher der Schatzgräber und Geistesbeschwörer von Berg, hierauf ein Raub aus Brodneid, welchem die Giftmischerin folgte, die dem ekelhaften Bilde zweier Trunkenbolde als Majestätsbeleidiger Plag machte. Den Schluß bildet wieder eine ganze Reihe gewerbemäßig betriebener Diebstähle und Diebstahlversuche einer förmlich organisirten Bande, die eine Zeit lang in Stuttgart ihr Wesen trieb, und an deren Spitze sogar ein in der Residenz anfassiger Bürger und Handwerksmeister stand, der nächtliche Ueberfall im Hause des Hrn. Staatsraths v. Ludwig, der Diebstahl im Böhringer'schen Hause auf der Straße, der erfolglos gebliebene Einbruch auf der Kanzlei der königl. Bau- und Gartendirektion, das verführte Einsteigen bei Hrn. Professor v. Norrenberg. Diese mit überraschender Freiheit schnell nach einander vorgekommenen Fälle hatten Stuttgart in Schrecken versetzt, bis endlich der Diebstahl bei Hrn. Tapezier Kiebler einen der Thäter in die Hände der Gerichte führte, wodurch seine Helfershelfer und die Urheber aller dieser Verbrechen entdeckt wurden. Gestern haben auch Diejenigen der Bande, wie Schüle und Burchardt, zu Gefangen angefangen, die bisher noch läugneten. Dadurch wird wohl der Verlauf der Verhandlungen kürzer werden.

Wie wir hören, wird morgen eine feierliche Sitzung des k. Geh. Rathes, unter dem hohen Präsidium Sr. Majestät des Königs, stattfinden und darin die neuernannten Staatsräthe und Mitglieder des Geh. Rathes eingeführt und sowie der neu ernannte Prälat beedigt werden.

Dem „Fr. J.“ wird als bestimmt die Thatsache gemeldet, der Zollverein werde nicht zerrissen werden, eine Verständigung werde bald die seitherigen Unterhandlungen krönen, und Oesterreich und seine Zollvereins-Verbündeten würden dem bisherigen Zollverein durch einen, viele Schranken niederwerfenden Handelsvertrag näher gebracht werden. Ein Zoll- und Handelsbund werde bald ganz Deutschland umschlingen, indem alsdann am Beitritte der noch fehlenden Staaten nicht mehr gezweifelt werden könne. König Wilhelm von Württemberg habe sich um dieses Resultat hoch verdient gemacht.

München, 24. Nov. (N. M. J.) Der Trauer-Gottesdienst für den verlebten Herzog Maximilian von Leuchtenberg Kais. Hoheit hat heute in der St. Michaels-Hofkirche im Beisein J. M. M. der Könige Maximilian und Ludwig, sowie J. K. K. H. der Prinzen des königl. Hauses, in

feierlicher Weise stattgefunden. Der ganze Hofstaat Ihrer Majestäten und königlichen Hoheiten, sämtliche Hofräthe, die Kammerherren u. d. Mitglieder des diplomatischen Korps, Generale und Offiziere aller Grade und Waffengattungen, Staatsbeamte jeden Ranges und aller Klassen, die Zöglinge der k. Pagerie und des k. Kadettenkorps mit dem gesammten Lehrpersonal, dann die sämtlichen Beamten und Angestellten des herzoglich Leuchtenbergischen Hauses wohnten der Trauerfeier bei, zu welcher sich überdies eine außerordentlich große Zahl von andächtigen Teilnehmenden aus allen Ständen unserer Einwohnerschaft eingefunden hatte.

Aus der Pfalz. Die Veranlassung der mehrerwähnten Schließung des Grünstädter Schützenvereins wird von der „Pfalz“ also erzählt: Am Namensfest Sr. Maj. des Königs (dem 12. Okt.) veranstaltete der in Grünstadt unter dem Namen „Musikverein“ bestehende Verein in der Wirthschaft zur „Jakobslust“ ein Festessen und einen Ball, bei welchen Festlichkeiten sich die loyalste Gesinnung unter den mitwohnenden Bürgern kundgab. Das Festessen fand in einer Lokalität neben dem Tanzsaal statt, letzterer war mit einem großen blumenverzierten M und mit Fahnen in der Landesfarbe geschmückt.

Am 17. Okt. hielten ungefähr 16 Mitglieder der Schützen-Gesellschaft, darunter die Blüthe der Grünstädter Demokratie, daselbst ein Abendessen in den nämlichen Lokalitäten. Sie betranken sich, machten großen Lärm und hielten Umzüge im Saale. Nach einem solchen Umzug fand man das „M“ zertrümmert am Boden liegen. Es ergab sich aus der Untersuchung mit ziemlicher Bestimmtheit, daß das „M“ von den Mitgliedern der Gesellschaft herabgerissen worden sein mußte; der eigentliche Thäter war aber nicht zu ermitteln. Gegen die Mitglieder des Schützenvereins wurde sowohl wegen nächtlicher Kubestörung, als weil sie ihre Vorstände nach Vorschrift des Art. 12 des Vereinsgesetzes nicht angezeigt hatten, Protokoll errichtet.

Am 25. Okt. befand sich der Polizeibeamte, welcher protokolliert hatte, in dem obengenannten Saale, um die Ordnung bei einer öffentlichen Tanzbelustigung zu überwachen. Ein ebenfalls, und zwar in nicht ganz nüchternem Zustande, anwesendes Mitglied der obengenannten Schützengesellschaft machte seine Sticheleien und sang ein anzügliches Lied auf den Polizeibeamten. Hierauf neue Protokollirung wegen Beleidigung desselben im Dienst. Nunmehr sind folgende Beurtheilungen ergangen: 1) Die nicht angezeigten Vorstände wurden durch das Frankenthaler Jugendpolizeigericht zu je 5 fl. verurtheilt und der Verein geschlossen. 2) Obiges singende Mitglied wurde in eine vierwöchentliche Gefängnißstrafe verurtheilt. 3) Die Tumultuanten wurden überdies durch das Grünstädter Polizeigericht mit Geld und Gefängniß bestraft.

Gegen das am 16. d. M. wider die Vorstände der Grünstädter Schützengesellschaft ergangene Urtheil wurde von den Betroffenen die Berufung ergriffen.

Speyer, 25. Nov. (Pfalz.) In der verfloffenen Nacht wurden mittelst Einbruchs aus der hiesigen Sparkasse 7000 fl. (in Kronenthalern und einer englischen Guinee) gestohlen.

Darmstadt, 23. Nov. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung mit 30 gegen 17 Stimmen den Antrag von Müller-Melchior verworfen, wonach die Beschlüsse der ersten Kammer hinsichtlich des Etats unterberathen bleiben sollten. Die Kammer ist sofort auf die Berathung selbst eingegangen, und wird morgen darin fortfahren.

Frankfurt, 25. Nov. Der beurlaubte gewesene k. preussische Geschäftsträger am großh. hessischen und herzoglich-nassauischen Hofe, sowie bei der freien Stadt Frankfurt a. M., Frhr. v. Canis, hat die Gesandtschaft wieder übernommen. Baron v. Rosenbergs, der interimistisch für denselben fungirte, ist zum Geschäftsträger Preußens in Madrid ernannt und bereits dahin abgereist.

Der Psycholog Boffard, der einen Cyclus seiner sehr interessanten Vorlesungen im „Römischen Kaiser“ hielt, hat diesen Mittwoch (den 24. d.) einen zweiten Cyclus im Harmoniesaal begonnen.

Frankfurt, 25. Nov. Graf Thun hat Frankfurt verlassen und Hr. v. Bismarck-Schönhausen hat heute alle Schlüssel, Geschäfte u. d. der Präsidialkanzlei an sich genommen; doch blieb die heute angesetzte Bundestags-Sitzung wegen der gestern Abend erfolgten Ankunft Sr. Kön. Hoheit des Prinzen von Preußen ausgesetzt. Der Prinz empfing das diplomatische Korps, die regierenden Bürgermeister, speiste bei Hr. v. Bismarck, erschien auf der Parade, und wird morgen früh 10 Uhr nach Koblenz abreisen.

Gestern hielt der Marineauschuß eine längere Sitzung, in der, dem Vernehmen nach, Oesterreichs Anträge verworfen wurden.

Die Jesuitenmissionäre machen hier großes Aufsehen und finden zahlreichen Zuspruch; sie vermeiden möglichst jede Polemik.

Wie wir hören, ist Polizeiaffessor Dr. Beer unter der Liste der neuen Senatoren, die vom Rathe vorgeschlagen wird.

Kassel, 23. Nov. (K. Z.) Bezüglich der Aufrechterhaltung der Sonntagsfeier ist durch eine Verfügung vom 15. Nov. l. J. ausgesprochen worden, daß es nicht geduldet werden könne, daß an den zur christlichen Erbauung bestimmten Tagen von Seiten der Staats- und Gemeindebeamten öffentliche Berufsarbeiten vorgenommen würden, und sollen deshalb sämtliche Beamten und Diener angewiesen werden, sich an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme unvorhergesehener und sofortiger Erledigung bedürftiger Fälle, jeder öffentlichen Berufstätigkeit zu enthalten.

Kassel, 23. Nov. (Fr. Postz.) Der im hiesigen kurfürstlichen Museum verübte Diebstahl an Medaillen und Münzen ist von größerem Umfange, als man ursprünglich glaubte.

Der reelle Werth der entwendeten Gegenstände ist auf 6000 Thaler, und der ideelle auf 18,000 Thaler bestimmt worden. Nunmehr, seit vorgestern Abend, ist auch der Inspektor des gedachten Museums, auf welchen hoher und vielfacher Verdacht fiel, ins Gefängniß abgeführt, der Diener des Museums dagegen, wie man hört, daraus wieder entlassen worden. Ein Theil der verdrachten Gegenstände, im Betrage von angeblich 5000 Thalern, ist heute Morgen im Zehrenturm, worin das Münzkabinett befindlich, versteckt, jedoch in völlig zerschlagenem Zustande, wieder aufgefunden worden, und soll der Angeklagte den Diebstahl bereits eingestanden haben. Der Angeklagte, welcher Familienvater von zwei Kindern ist, bezog einen Gehalt von 400 Thalern vom Museum und 200 Thalern für den Unterricht im Zeichnen der Kinder des Kurfürsten, und gibt man als muthmaßliches Motiv der That das Spiel an, welchem der Inspektor nachgegangen haben soll; was wir jedoch nicht verbürgen wollen.

Am vorigen Sonntag wurde hier auf der Wachtparade ein allerhöchster Armeebefehl verlesen, wodurch ein Generalmajor zum Generalleutnant, vier Oberleutnante zu Obersten, zwei Majore zu Oberleutnanten, ein Hauptmann zum Major, fünf Premierleutnante zu Hauptmännern und vier Sekondleutnante zu Premierleutnanten ernannt worden sind. Die Stelle eines Divisionärs hat sich Sr. Königl. Hoheit der Kurfürst selbst vorbehalten.

Köln, 23. Nov. (Fr. Postz.) Es hat hier die Ausweisung zweier fremden sogenannten Literaten stattgefunden, weil sie ihre Erwerbsequellen nicht genügend nachzuweisen vermochten. Die Politik ist diesem Schritte fremd, vielmehr dürften Theaterintrigen, in welche sie verwickelt sein sollen, den Anlaß gegeben haben.

Dr. Becker und Genossen haben die Kassation zwar angemeldet, aber noch nicht eingelegt. Einstweilen verschafft ihnen dieses noch die Freiheit, mit ihren Advokaten zu konferiren.

Hannover, 23. Nov. (Fr. P.-Ztg.) Das geistliche Ministerium der Residenz hat seinen Beschluß gestern Abend wiederholt, den Prediger Steinacker aus Trief zu Colloquium nicht zuzulassen. Es macht dem Magistrat gegenüber geltend, daß es die Kirchenordnung seinerseits zu wahren habe, nachdem der Magistrat derselben zuwider wissenschaftlich einen außer dem Bekenntniß Stehenden präsentirt und berufen habe.

Berlin, 24. Nov. Die wichtigste Nachricht, schreibt man der „Fr. P.-Z.“, welche ich Ihnen geben kann, ist diese: Der Zollverein hat Nichts mehr zu fürchten. Man verdanke seine Erhaltung allen seinen bisherigen Mitgliedern. Die Koalitionserregungen wirkten in Wien darauf hin, Wien in Berlin, und Berlin in Frankfurt. Wenn in letzter Zeit inspirirte Korrespondenten von Hannover aus die Behauptungen preussischer Organe, der Vertrag mit Hannover werde in den nächsten 14 Tagen endgiltig zu Stande gebracht werden, durch die Bemerkung widerlegten, es beständen zunächst gar keine Verhandlungen zwischen Hannover und Preußen — so hatten sie ganz recht, widerlegten aber damit weniger, als es den Anschein hatte. Hannover war — und Deutschland hat ihm dafür ernstlich zu danken — an den süddeutschen Höfen und in Wien zu der Zeit, wo seine Thätigkeit in Berlin ruhte, um so eifriger. Sie können übrigens denken, wie vielfach diese komplizirten Unterhandlungen, besonders in den letzten Monaten, sich gekreuzt haben. Ein Diplomat sagte neulich: Seit den Tagen der Mainzer Untersuchungskommission ist in den deutschen Kanzleien keine solche Wirthschaft gewesen. Man kann sich das denken. Die Resultate dieser jetzt an ihr Ende gekommenen Unterhandlungen lassen sich annähernd in großen Zügen bezeichnen: der Zollverein und der Steuerverein werden ein Ganzes, und ein Handelsvertrag mit Oesterreich wird abgeschlossen. Von Festsetzungen über die Zollvereinigung mit Oesterreich hört man Nichts; doch scheint es, als ob die Funktionen des Handelsvertrags dafür den Kaiserstaat entschädigen würden.

Ueber das Verhalten der französischen Diplomatie während dieser Ventilation unserer handelspolitischen Frage ist viel zu sagen. Die Enthüllungen werden nicht auf sich warten lassen.

Der Verfasser der „Briefe über Staatskunst“ ist Victor v. Strauß, bückeburgischer Geheimrath.

Die Nachricht, daß der Fürst Pückler-Muskau zur katholischen Kirche überzutreten beabsichtige, ist, wie die „Ath. Corr.“ schreibt, nicht begründet.

Die neulich von uns angekündigten „Protestantischen Monatsblätter“, welche die Tendenzen des Protestantismus in der Behandlung der Zeitgeschichte gegenüber der katholischen Auffassung durch die Münchener „Historisch-politischen Blätter“ vertreten wollen, sind bereits erschienen. Stahl wird nicht zu den Mitarbeitern gehören, wohl aber Nitsch und der Ministerialrath Wiese.

Gotha, 23. Nov. (Fr. Z.) Die bereits zu verschiedenen Malen in öffentlichen Blättern erwähnte Beschwerde der Grafen und Ritter unseres Herzogthums gegen die hiesigen politischen Gesetze aus dem Jahr 1849 wird, wie man hier versichert, im Laufe des nächsten Monats beim Bundestag zur Verhandlung kommen. Dem Vernehmen nach ist auch von unserm Staatsministerium ein vorläufiger Schritt in dieser Angelegenheit geschehen, indem durch dasselbe eine gegen jene Beschwerde gerichtete, im Druck erschienene Schrift eines hiesigen Beamten bei den Mitgliedern der Bundesversammlung zur Vertheilung gekommen ist. Uebrigens ist der ritterchaftlichen Beschwerde bereits die Spitze abgebrochen, da das durch dieselbe angefochtene Staatsgrundgesetz vom Jahr 1849 heftigst in diesem Jahr und noch vor Ueberreichung der Beschwerde selbst durch den Landtag aufgehoben wurde.

Wien, 21. Nov. Nach der neuen politischen Eintheilung wird Oesterreich seine uralte Eintheilung in vier Kreise wieder erhalten, und Salzburg bekommt dadurch eine eigene selbständige Kreisverwaltung.

Wien, 22. Nov. (Fr. P.-Ztg.) Im Laufe der letzten Woche fanden zu verschiedenen Malen in der kaiserl. Hofburg Konferenzen statt, denen auch Sr. Maj. der Kaiser beiwohnte. Gegenstand der Beratungen waren die innern Angelegenheiten, wie denn diese überhaupt gegenwärtig die vollste Thätigkeit der Ministerien in Anspruch nehmen. Sr. Majestät hatte nämlich ein allerhöchstes Handbillet an den Hrn. Reichsraths-Präsidenten erlassen, worin es heißt, daß mit thunlichster Schnelligkeit an den noch rückständigen Gesetzen und Organisationen gearbeitet werden solle, damit die betreffenden Entwürfe in kürzester Zeit der allerhöchsten Sanction vorgelegt werden könnten. In dem am 18. d. M. abgehaltenen Ministerrathe wiederholte Sr. Majestät diese allerhöchste Willensmeinung persönlich und sprach die Hoffnung aus, daß die betreffenden Arbeiten bis zum Beginn des nächsten Jahres so weit gediehen sein würden, daß die Provisorien aufgehoben könnten. Die loyale Haltung, welche die Bevölkerung gegenwärtig beobachtet und die man in den allerhöchsten Kreisen mit Befriedigung wahrgenommen, wird uns als der Hauptgrund dieser allerhöchsten Willensmeinung angegeben, und in der That läßt auch die politische Haltung der hiesigen Bevölkerung Nichts zu wünschen übrig. Auch aus den andern Provinzen, Ungarn und Italien nicht ausgenommen, lauten die Nachrichten befriedigend, und wenn auch die Berichte aus den Legationen und Toscana Manches zu wünschen übrig lassen, so wird dagegen in den Depeschen des Hrn. Grafen Nadezky die Stimmung im Mailändischen und im Venetianischen als vollkommen entsprechend geschildert. — Die Gerüchte, welche noch vor kurzem rückfichtlich eines Personenwechsels in der Umgebung des Kaisers im Umlauf sich befanden, sind nun verstummt; in Wahrheit war auch eine solche Veränderung gar nicht im Plane.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. Die im „Moniteur“ veröffentlichten, noch unvollständigen Stimmziffern verlieren durch den Telegraphen fürs Ausland alles Interesse. Mittheilenswerth sind allein folgende, von ihm aufgezeichnete Einzelheiten aus der in Paris stattgehabten Abstimmung. Nach dem „Moniteur“ ließen sich Kranke, Gelähmte, Krüppel in den Stimmlokalen tragen; Arbeiter aus den revolutionärsten Stadtvierteln gaben unter enthusiastischen Ausrufungen ihre Stimmzettel ab. Eine große Menge Blinder (in einer einzigen Wahlabtheilung sieben) kamen, geführt von ihren Frauen und Kindern, und stimmten mit. Im achten Stadtviertel kam der General Despaux, ein einundneunzigjähriger Greis, angefahren, um seine Stimme abzugeben; er versuchte es, bis zu dem im ersten Stockwerk gelegenen Stimmlokal zu gelangen, aber seine Kräfte waren schwächer, als sein Muth, und er war genöthigt, sich im Thur niederzulassen. Das Bureau, davon benachrichtigt, begab sich gemeinschaftlich mit der Urne zum General. Im siebenten Stadtviertel ließ Hr. Mènier, Cykoladefabrikant, trotz eines Schlagflusses, der sein Leben ernstlich bedrohte, sich in einem Lehnstuhl von Passy bis zum Bureau tragen. In demselben Viertel kam ein 99 Jahre alter Soldat der Kaiserzeit, in den Armen seines Sohnes getragen, an, um zu stimmen. Auch sagt man, daß der General Cavaignac, Oheim oder Vetter des gewesenen Chefs der Exekutivgewalt, ein bejahendes Votum mit den Worten abgab: „Ich stimme Ja! weil es meine Ueberzeugung ist.“ So das Regierungsorgan.

Die Depeschen der Präfektur sprechen sich sammt und sonders mit dem Benehmen der Bevölkerung sehr zufrieden aus, und bebauern nur, daß hin und wieder das schlechte Wetter dem Abstimmungsgeschäft hinderlich gewesen sei. In mehreren derselben ist ausdrücklich bemerkt, daß die sozialistischen Gemeinden, sowie auch andererseits die legitimistischen wie ein Mann fürs Kaiserthum gestimmt haben. Der Präfekt von Montpellier erwähnt dabei „unerhörter Anstrengungen“, die die Legitimisten gemacht haben sollen, um das Abstimmten zu hindern oder eine negative Abstimmung zu veranlassen. Im Landheer haben bis heute ungefähr 96 %, im Seeheer etwa 86 % der Soldaten dem Kaiserthum ihr Ja gegeben.

Heute begann um 2 Uhr Nachmittags die außerordentliche Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Sie wurde durch folgende Botschaft des Präsidenten eröffnet, die ausnahmsweise durch ein Mitglied des Kabinetts, den Staatsminister Fould, der in großem Kostüm, mit seinem Sekretär, Hrn. Blanche, auf den Bänken der Staatsräthe Platz nahm, gelesen wurde: „Meine Herren Abgeordneten! Ich habe Sie aus Ihren Departementen einberufen, um Sie an dem großen Ereigniß Theil nehmen zu lassen, das im Begriff steht, sich zu verwirklichen. Obgleich der Senat und das Volk allein das Recht haben, die Verfassung abzuändern, so habe ich doch gewollt, daß der politische Körper, wie ich aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen, der Welt die Freiwilligkeit der nationalen Bewegung bezeuge, die mich zum Kaiserthum erhebt. Es ist mir daran gelegen, daß Sie es sind, die durch Feststellung der Freiheit der Abstimmung und der Zahl der Stimmen die ganze Legitimität meiner Gewalt aus Ihrer Erklärung hervortreten lassen. Erklären, daß die Autorität auf einem unbestreitbaren Recht beruht, heißt in der That, ihr die nötige Kraft verleihen, um etwas Dauerhaftes zu gründen und die Wohlfahrt des Landes zu sichern. Die Regierung wird, wie Sie wissen, sich nur der Form nach ändern. Den großen Interessen hingegeben, die die Intelligenz erzeugt und die der Frieden entwickelt, wird sie sich wie bisher in den Grenzen der Mäßigung halten; denn der Erfolg bläht niemals mit Stolz die Gemüther derer auf, die in ihrer neuen Erhöhung nur eine größere, vom Volk auferlegte Pflicht, nur eine erhabener, von der Vorsehung anvertraute Sendung erblicken.“

Gegeben im Pallast von St. Cloud, am 25. Nov. 1852.

Gez. Ludwig Napoleon.

Die Tagesordnung lautet: Regierungsmitteltheilung (vorstehende Botschaft). Bildung der Abtheilungen durch das Loos. Versammlung der 6 ersten Abtheilungen. Prüfung der Vollmachten von 6 (neuen) Abgeordneten. Öffentliche

Sitzung, Bestätigung der Vollmachten von 6 Abgeordneten. Versammlung in den Abtheilungen. Allgemeine Abzählung der Stimmen über das durch den Senatsbeschluss vom 7. Nov. 1852 vorgeschlagene Plebisit. Die Neubildung der Abtheilungen und die Vollmachtensprüfungen für 6 neugewählte Abgeordnete werden zwei Tage (25. und 26. d.), das Abzählen der Nationalabstimmung fünf Tage (27. d. bis 1. Dez.) in Anspruch nehmen. Am Abend des 1. Dez. wird dann der ganze gesetzgebende Körper sich in feierlichem Zug nach St. Cloud begeben, um das Ergebnis seiner Arbeit zu überreichen, und am 2. Dez. die Proklamation des Kaiserthums erfolgen.

Paris, 25. Nov. Heute Morgen wurde auf dem Stadthause das Resultat der Abstimmung des Seine-Departements über das Kaiserreich feierlich bekannt gemacht. Dasselbe lautet: Eingeschriebene Wähler 315,410; Stimmende 270,701; Ja 208,058; Nein 53,753.

Alle Maires des Seine-Departements wohnten dem Akte bei, nach welchem der Seine-Präfekt einige Worte an sie richtete und ihnen im Namen des Präsidenten der Republik für ihren Eifer dankte. Er schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Kaiser. Auf dem Platz vor dem Stadthause, der mit Fahnen geschmückt war, hatten sich nur wenige Leute eingefunden. Heute Abend werden mehrere öffentliche Gebäude illuminiert werden.

Durch präsidenschaftliche Dekrete, erlassen auf den Bericht des Unterrichtsministers Fortoul, werden die Lehrstühle der Geschichte der alten und der neuen Philosophie bei der Pariser literarischen Fakultät in einen einzigen verschmolzen, der die Benennung führen wird: „Geschichte der Philosophie“, und dafür ein Lehrstuhl der vergleichenden Grammatik errichtet, wozu Hr. Hase, Mitglied der Akademie der Inschriften und schönen Wissenschaften, Präsident der Schule der lebenden orientalischen Sprachen, berufen wird. Diese Maßregel wird durch die Betrachtung motiviert, daß die Geschichte der Philosophie, wie auch andere Lehrgegenstände der Pariser literarischen Fakultät, die nur einen einzigen Professor zu erfordern schienen, in zwei Kurse getrennt wurden, um ausgezeichneten Gelehrten einen Platz im Staatsunterricht einzuräumen; daß aber hierzu, seitdem der Lehrstuhl für die alte Philosophie vakant geworden (der Minister spielt auf das Ausschneiden Cousin's an), weder in der Berühmtheit der Kandidaten, noch in den Unterrichtsbedürfnissen ferner ein Grund gegeben sei. Gleichzeitig wird Hr. Risard, Mitglied der französischen Akademie, Generalinspektor des höhern literarischen Unterrichts, zum Professor der französischen Beredsamkeit an der Pariser literarischen Fakultät ernannt (er nimmt Bilemain's Stelle ein); endlich Hr. Payer, der ehemalige Kabinettschef Lamarine's, zum Professor der Organographie des Pflanzenreichs bei der naturwissenschaftlichen Fakultät von Paris.

Auf den 19. Dez. sind die Wähler des dritten Wahlbezirks des untern Seine-Departements einberufen, um dem ausgeschiedenen Deputirten Desjoubert einen Nachfolger zu geben.

Der Graf Vacciochi, der bekanntlich in Konstantinopel, Griechenland und Egypten mit einer Sendung des Präsidenten der Republik beauftragt war, ist in Paris angekommen.

Gestern eröffnete die Prinzessin Mathilde ihre Salons. Napoleon speiste bei derselben, worauf großer Empfang stattfand. Als sich der Präsident von der Tafel erhob, um sich nach dem Salon zu begeben, wurde eine Kantate mit Militärmusik-Begleitung ausgeführt.

In Lyon sind mehrere junge Leute verhaftet worden, die eine Rakete auf eine Schildwache abgefeuert hatten; die Letztere, welche sich ernstlich bedroht glaubte, hatte Feuer gegeben, ohne daß jedoch Jemand getroffen worden wäre. — Wiederum haben zwei Legationisten ihre Entlassung eingereicht, nämlich Edm. v. Leroux, Maire im Dese-Departement, und v. Branvilliers, Mitglied des Gemeinderaths von Claron (Ober-Marne). — Die polizeilichen Nachforschungen ge-

gen die Verbreiter des Manifestes des Grafen v. Chambord dauern noch fort.

Nachdem schon vor einem Monat 30 Militärsträflinge zu Bona wegen ihres schönen Verhaltens beim letzten Araberaufstand völlige Begnadigung gewährt worden war, ist jetzt auf den Bericht des Generalgouverneurs von Algerien 18 andern Sträflinge zu la Calle ein Gleiches zu Theil geworden, weil sie sich im Verein mit dem ihnen beigegebenen schwachen Wachdetachment tapfer gegen die Araber vertheidigten und einige von ihnen insbesondere einen von drei Schüssen verwundeten Sergeanten acht Stunden Wegs, von den Eingebornen verfolgt, wegrugen.

Großbritannien.

London, 24. Nov. Graf Derby erklärte sich vorgestern im Hause der Lords abermals für den Freihandel; indirekt aber sprach er auch aus, daß das Ministerium, wenn die Motion von Villiers durchgehen würde, von den Geschäften abtreten werde. Zugleich deutete er auf die Schwierigkeiten hin, welche der Bildung eines neuen Kabinetts im Wege stünden. Ein Artikel des „Morning Herald“ geht noch weiter. Nach seiner Ansicht geht aus der Annahme der Motion ein Kabinet Russell-Cobden hervor, welches die Militärs beurlaubt, die Marine zur Hälfte entwirft, und sich auf die friedlichen Intentionen Jedermanns verlassen werde. Dem ministeriellen „Herald“ scheint die Annahme des Amendements von Disraeli eine genügende Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Freihandelsprinzips. Uebrigens war auch heute abermals eine Zusammenkunft der Konservativen bei Graf Derby anberaumt.

In der gestrigen Sitzung des Hauses der Gemeinen hat Villiers endlich seine Motion ausführlich entwickelt; seine Rede bot übrigens kein besonderes Interesse. Nach Villiers sprachen nach einander der Schatzkanzler, Bright, Peel und Lord Palmerston. Letzterer schlug zu Villiers Motion ein Amendement vor, welches eine offene und vollständige Anerkennung des freihandelsmäßigen Prinzips involviret und zugleich eine für die Minister viel mildere und deshalb annehmbarere Fassung hat, als die Motion von Villiers. Um 1 Uhr nach Mitternacht wurde die Debatte auf nächsten Donnerstag, den 25. November, vertagt, wohl um dem Ministerium Zeit zu gönnen, zwischen dem Amendement Disraeli's und dem Palmerston's zu wählen.

Griechenland.

Am 20. Nov. wurde in London laut Mittheilung des ministeriellen englischen Blattes in Lord Malmsbury's Hause von den Vertretern Englands, Frankreichs, Russlands, Bayerns und Griechenlands eine Konvention unterzeichnet, welche den Zweck hat, den Buchstaben und den Geist der griechischen Verfassung mit dem Vertrag von 1832 in Einklang zu bringen, durch welchen die drei Großmächte ein unabhängiges griechisches Königreich unter einem römisch-katholischen Prinzen aus dem bayrischen Hause gewährlieferten. „Nach Unterzeichnung des Vertrags von 1832“, sagt der „Herald“, „hat die griechische Nation eine förmliche Verfassung eingeführt, die durch ihren bayrischen Regenten angenommen wurde. In dieser Charta ist die Erklärung niedergelegt, daß nur Prinzen, die sich zum griechischen Glauben bekennen, den Thron bestigen dürfen. Mit dieser Erklärung entstand demnach ein Widerspruch zwischen der neuen Verfassung und dem Traktate von 1832, dem zufolge der griechische Thron der bayrischen Dynastie ohne Bedingung gewährliefert worden war. Die ganze griechische Nation, mit alleiniger Ausnahme vielleicht ihres Monarchen, bekennt sich zur griechischen Kirche, — Bürgerkrieg oder die Vertreibung des bayrischen Kronprinzen wäre die Folge gewesen. Die drei Mächte wären dann aufgefordert worden, ihre Garantie geltend zu machen, der griechischen Nation einen, seiner Religion wegen verhafteten Monarchen aufzudrängen. Die (englische) Regierung sah diese Folgen voraus, und lud

den russischen und französischen Hof ein, über diesen Gegenstand in Berathung zu treten. Bei den freundlichen Beziehungen, die gegenwärtig zwischen den drei mächtigen Staaten herrschen, wurde diese schwierige Angelegenheit denn auch geordnet, und der neue Traktat erklärt, daß nur ein Prinz griechischen Glaubens über das griechische Volk herrschen soll. Es wird nun an den Prinzen des bayrischen Königshauses liegen, sich in eigener Person oder in der Person ihrer Kinder dieser Bedingung zu fügen.“ König Otto hat keine Kinder.

Neueste Post.

* Das Befinden des Königs von Schweden scheint noch schlimm genug zu sein. Der ärztliche Bericht vom 16. d. lautet: „Seit gestern ist der Zustand des Königs im Wesentlichen unverändert. Vor Mitternacht war der Schlaf ruhig, später öfters unterbrochen. Mit heute und von da an nimmt Hr. Professor Huf, außer den diensthühenden Ärzten, an der Behandlung des Königs Theil.“ Der Zustand der Prinzessin Eugenie hat sich so weit gebessert, daß seit dem 15. d. keine Bülletins mehr ausgegeben werden. Dagegen befindet sich J. Maj. die Königin, vermuthlich in Folge der erst am 15. d. eingeangenen Trauerpost von dem Ableben ihres erlauchten Bruders, des Herzogs von Leuchtenberg, so unwohl, daß auch über ihren Zustand Krankheitsberichte ausgegeben werden.

Se. Maj. der König von Preußen hat am 23. d. dem Leichenbegängniß des Staatsministers a. D., General v. Thile, zu Frankfurt a. d. D. beigewohnt und ist am 24. d. wieder in Berlin eingetroffen.

Am 24. d. ist, wie die „Preuß. Jtg.“ schreibt, auf der Thüringer Bahn die Veränderung eingetreten, daß zwei Nachtzüge, welche sich in Eisenach nicht aufhalten, eingerichtet werden, so daß die Tour von Paris, oder Basel, nach Berlin und Stettin viel schneller, als bisher, zurückgelegt wird.

Am 25. d. haben in der gesetzgebenden Versammlung der freien Stadt Frankfurt lebhaftere Verhandlungen über die Verfassungsfrage stattgefunden. Ein Zwischenfall gab namentlich zu hitzigen Debatten Anlaß. Die 65 nicht dem Senat angehörenden Mitglieder hatten nämlich beim Beginn der Sitzung Einladungsschreiben des Hrn. Bürgermeisters erhalten, kommenden Montag, den 29. Nov., auf Grund Senatsbeschlusses vom 23. d. M. in verfassungsmäßiger Weise zur Wiederbesetzung von drei der erledigten Rathsstellen zweiter Ordnung mitzuwirken. Da nun die Majorität mit den Rechtsverhältnissen nicht einverstanden ist, auf welche der Senat diese Ergänzung stützt, so erwählte sie eine Kommission zur Prüfung derselben und beschloß, sich an den Wahlen nicht eher zu betheiligen, als bis der Bericht der Kommission erstattet und darüber Schluß gefaßt sei. Schöff Harner gab dagegen eine Verwahrung zu Protokoll. Nach mehreren Zwischenanträgen, die verworfen wurden, schloß sich die Versammlung sodann dem Antrage des Dr. Juch an, den obigen Beschluß dem Senat mit dem Ersuchen mitzutheilen, daß er die Rathswahlen bis auf Weiteres aussetzen möge. — Uebrigens wurde, nach dem „Fr. J.“, sofort in einer Or. Rathssitzung beschlossen, vorerst drei Ergänzungswahlen — zwei Juristen und ein Kaufmann — für den Senat vorzunehmen. Die Wahlen finden nächsten Montag statt.

Die „N. Z.“ erklärt das Gerücht von einer bevorstehenden Zusammenkunft der Monarchen von Oesterreich, Preußen und Rußland zu Warschau für unbegründet. — Die Berliner „Lith. Corresp.“ will erfahren haben, daß zwischen England und Oesterreich noch Erörterungen über die militärische Nichtbeschickung des Wellington'schen Begräbnisses Seitens der österreichischen Regierung stattfänden.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Todesanzeige.

G.601. Karlsruhe. Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß am 24., Abends 1/2 7 Uhr, unser geliebter Gatte, Vater und Bruder, der Großh. Geh. Legationsrath und Oberpostdirektor a. D., Herr Leopold von Wollenberg, Kommandeur des Großh. Ordens vom Jahninge Löwen und des k. bayr. Michaelordens, Offizier der franz. Ehrenlegion, Ritter des k. f. östreich. Leopold- und des kön. preuß. rothen Adlerordens, nach kurzem Leiden in seinem 64. Lebensjahre sanft verschieden ist, und bitten um stille Theilnahme in unserm tiefen Schmerz. Karlsruhe, den 25. November 1852.
Die Hinterbliebenen.

G.608. So eben ist erschienen und in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe zu haben: **Tagebuch über die Ereignisse in der Pfalz und Baden im Jahre 1849.** Zusammengeestellt von Staroste, Oberstlieutenant a. D. Mit 20 Beilagen und 2 Uebersichtskarten. 1r Band. Preis für's ganze Werk in 2 Bänden 7 fl. 12 fr.

G.524. [33]. Leopoldshafen und Speyer. **Haus- und Magazin-Verkauf.**

In Hochdorf, bayrische Pfalz, Poststation zwischen Mannheim und Neustadt a. d. Sarb, ist ein Haus mit Hof, Stallung für fünf Pferde, Magazin, Einfahrt, für den äußerst billigen Preis von 2200 fl., wovon der größte Theil stehen bleiben kann, zu verkaufen. Da Hochdorf sich mitten in der Gegend der besten Tabaksorte befindet, so wäre es besonders zu Tabakslagern oder einer Zigarren- und Tabakfabrik geeignet. Liebhaber wollen sich an Bombardier zum Rheinischen Hof in Leopoldshafen oder an den Eigenthümer, Herrn Kasimir Lichtendörger in Speyer, wenden.

G.597. [21]. Nr. 6100. Wertheim. **Hausversteigerung.** Das in Nr. 255 und 256 dieses Blattes näher beschriebene Wohnhaus nebst Zugehör, Nr. 143 in der Brückengasse dahier, wird auf höhere Anordnung bis Dienstag, den 7. Dezember d. J., Morgens 10 Uhr, auf die öffentliche Versteigerung zum Eigenthum ausgesetzt, wobei sich die Kaufliebhaber einfinden wollen. Wertheim, den 21. November 1852.
Großh. Hauptsteueramt.

G.610. [21]. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Beitschrift für die Geschichte des Oberrheins.

Herausgegeben von dem
Landesarchiv zu Karlsruhe, durch den Direktor desselben
F. J. Wone.

III. Band 3tes Heft. Preis 40 fr.

Inhalt: Zur Geschichte des Weinbaues vom 14. bis 16. Jahrhundert in der Schweiz, Württemberg, Baden, Hessen und Rheinpreußen. Die Besatzung zu Landau vom 13. bis 15. Jahrhundert. Ueber das Gelbesien vom 12. bis 17. Jahrhundert. Urkundenarchiv des Klosters Weihenau vom 13. Jahrhundert. Das ehemalige sanktblasische Amt Guttenburg. Guttenburgische Negehen. Geschichtliche Notizen.

Pachtgut-Gesuch.

G.567. [22]. Ein Oekonom sucht, wo möglich im Mittelrheintreife, ein Pachtgut von 100 — 300 Morgen zu pachten. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

G.584. [32]. Zell bei Offenburg. **Wein-Verkauf.**

Der Unterzeichnete hat 100 neue badische Dhm alten Zeller Rothweins von den besten Jahrgängen in Kommission zu verkaufen.

Auf Verlangen werden gegen frankirte Briefe Muster eingesandt.

Dominikus Kiefer, Küfermeister.

G.607. [21]. Karlsruhe. **Bierbrauerei-Verkauf.**

In Folge richterlicher Verfügung wird dem Bierbrauer Simon Görger in Karlsruhe am Montag, den 13. Dezember d. J., Mittags 3 Uhr, ein zweistöckiges Haus mit Seiten-

fügel, Duerbau, vollständiger Bierbrauereierichtung, Sted- und Waschküchen, Stallung und Remise in der Waldstraße Nr. 16, neben Kleinhändler Kopp's Erben und Postkammerath Morstadt's Erben, tarirt zu 24,000 fl., im Rathhause hier einer zweiten und letzten Versteigerung ausgesetzt und um das höchste Gebot zu geschlagen, auch wenn dieses unter dem Schätzungspreise bleiben würde.

Karlsruhe, den 24. November 1852.
Notar Grimmer.

G.514. [32]. Karlsruhe. **Eigenschafts-Versteigerung.**

Aus der Gantmasse des Zimmermeisters Christoph Hellner in Karlsruhe werden in Folge richterlicher Verfügung am

Donnerstag, den 16. Dezember d. J., Mittags 3 Uhr, im Rathhause hier folgende Eigenschafts öffentlich versteigert, und erfolgt der Zuschlag, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird:
1) Ein dreistöckiges Wohnhaus mit Seitenbau, Sägmühle, Chaismagazin, Werkstätte mit Zimmer, Stallungen, Scheuer, Zimmerplatz und Garten (2/4 Morgen Flächen-

G.609. **Nachruf an unsern Freund Waltherr.**
Du Glücklicher am See's Strand —
Nimm hin zum Abschiedsgruß die Hand,
Nimm hin den Gruß vom Freundesherz,
Dir treu ergeben allerwärts.
Beglückt am See, denk' an das Thal,
Da Dir gelacht der Freude Strahl —
Den' an so manchen lieben Freund,
Der es so treu mit Dir gemeint —
Im Angesicht der blauen Fluth
Denk' auch an Deinen Freund
Im Novbr. 1852. S.....

G.578. Bei E. Wengler in Leipzig erschienen eben und ist in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe zu haben: **Kalender der Liebe u. Ehe für Zeit und Ewigkeit.** Zunächst für 1853.
128 Seiten. Mit 35 Holzschnitten. 27 fr.

